

Einsatz von Videotechnik im öffentlichen Raum:

In der Hauptstadt tut sich was

Gewerkschaftliche Forderungen zu entwickeln und in der Öffentlichkeit zu präsentieren, steht am Anfang und braucht neben ausführlichen Diskussionen eine Beschlussfassung in den dafür vorgesehenen Gremien. Sie durchzusetzen, ist schon schwieriger, dauert mitunter lange Jahre. Dort, wo es Geld kostet, ist es naturgemäß am schwierigsten, etwa bei Gehaltsforderungen, mehr Personal oder Strukturverbesserungen.

Aber auch bei anderen Themen muss man sich mitunter hartem Widerstand und politischem Druck entgegenstellen. Das ist bei der DPoIG-Forderung nach einem behutsamen und rechtsstaatlich abgesicherten Ausbau moderner Videoaufklärung der Fall. Die Stimmen derjenigen politischen Kräfte, die sich jeglicher Modernisierung entgegenstellen und mit stereotypen Floskeln jeder Forderung begegnen, sind laut und kräftig. Trotzdem bewegen sich manche Dinge, manchmal langsam, aber in die richtige Richtung. Der POLIZEISPIEGEL gibt nachfolgend einen Überblick darüber, was sich trotz „rot-rot-grün“ in der Hauptstadt tut.

Verkehrsbetriebe erkennen die Zeichen der Zeit

Nach dem schrecklichen Attentat am Berliner Breitscheidplatz hatten die Berlinerinnen und Berliner nicht schlecht gestaunt: Richtigerweise hatte ihr Innensenator die Bevölkerung darum gebeten, Videobilder und Fotos vom Tatort an die Polizei zu übermitteln, damit der Attentäter möglichst rasch gefasst werden könne. Aber die Polizei selbst, so wurde ihnen zeitgleich erklärt, würde auch künftig nicht die Erlaubnis bekommen, Videotechnik einzu-



setzen. Wie schräg eine solche Haltung ist, haben jetzt wohl auch die härtesten Kritiker erkannt, es tut sich jedenfalls etwas in der Hauptstadt.

Immer wieder werden erfolgreiche Fahndungsaufrufe gestartet, um nach Räufern, Schlägern oder Sexualstraftätern zu fahnden, die rasch aus dem Verkehr gezogen werden und vor Gericht gestellt werden sollen. Spektakuläre Verbrechen konnten in der Hauptstadt aufgeklärt, die Täter überführt und zu hohen Haftstrafen verurteilt werden, auch weil der Videobeweis half.

Häufig wird schon durch die Veröffentlichung der Bilder der Fahndungsdruck so hoch, dass die Täter sich selbst den Ermittlungsbehörden stellen. Jetzt hat auch die S-Bahn in der Hauptstadt eingesehen, dass den Menschen nicht zu vermitteln ist, dass dies in der U-Bahn klappt, aber in der S-Bahn nicht möglich sein soll. Deshalb wird nunmehr auch die S-Bahn-Flotte mit modernen Videokameras ausgestattet.

Intelligente Technik – Testlauf am Südkreuz

Einen spektakulären Testlauf haben Bundespolizei, Bundes-

kriminalamt und die Deutsche Bahn am Berliner Bahnhof Südkreuz gestartet. Modernste Technik dreier Hersteller mit Gesichtserkennungssoftware und der Fähigkeit, „Gefahrenszenarien“ frühzeitig zu erkennen, möglichst schon im Entstehungsprozess, wurde installiert. Ausschließlich namentlich bekannte Freiwillige sollen in den nächsten sechs Monaten von den aufgestellten Kameras „erkannt“ werden. Getestet wird, ob die Kameras dies zuverlässig tun.

Wer von den Kameras nicht erfasst werden will, kann natürlich ausweichen, die Wege sind deutlich gekennzeichnet.

Natürlich haben sich die kritischen Stimmen rasch eingefunden. „Nutzlos“, „gefährlich“ „erheblicher Grundrechtseingriff ohne Rechtsgrundlage“ waren noch die harmlosesten Einwände. „Der technische Fortschritt“, hielt Bundesinnenminister Thomas de Maizière dagegen, „darf bei unseren Sicherheitsbehörden nicht haltmachen. Gute Polizeiarbeit braucht mehr als Personal und Befugnisse, sie braucht auch gute Ausrüstung und intelligente Technik.“ Der Bundesinnenminister hat starke Argumente auf seiner Seite,

exakt 1888 Straf- und Gewalttaten hat die Bundespolizei in 2016 „mittels stationärer Videotechnik in Zügen und auf den Bahnanlagen des Bundes“ aufklären können. Immerhin 827 Gewalttaten waren darunter.

Die Initiatoren des Probelaufs wiesen darauf hin, dass intelligente Videotechnik nicht ein Mehr, sondern eher ein Weniger an Grundrechtseingriffen darstellt. Weil die in den Kameras verbaute Software selbstständig erkennt, wann sich gefährliche Situationen ergeben, müsse der Fußgängerverkehr nicht permanent beobachtet werden; vielmehr weist die Technik im Bedarfsfall gezielt auf ungewöhnliche Situationen hin, die erst dann näher betrachtet werden.

Bürgerbündnis für Videoaufklärung und Datenschutz

Ein Berliner „Bürgerbündnis für mehr Videoaufklärung und Datenschutz“ geht einen eigenen Weg. Eine interessante Kombination steht an der Spitze des Bündnisses: Berlins ehemaliger Justizsenator Thomas Heilmann (CDU), der Ex-Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), und die stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner DPoIG, Sabine Schumann. In einer viel beachteten Pressekonferenz haben sie der Öffentlichkeit jetzt einen eigenen Gesetzentwurf vorgestellt. Er sieht vor, an „gefährlichen Orten“ Bild- und Tonaufnahmen anzufertigen. Die soll auch an Orten möglich sein, „an denen sich gewöhnlich große Menschenansammlungen befinden“. Außerdem soll die Speicherdauer auf bis zu einen Monat verlängert werden, statt wie bisher 48 Stunden.

© Thomas Heilmann



© Thomas Hellmann

derne Videotechnik einzusetzen, das kann nicht einmal diese Regierung ignorieren. Deshalb werden wir mit diesem Gesetzentwurf weiter Druck machen und notfalls einen Volksentscheid herbeiführen, wenn der Senat nicht vorher zur Vernunft kommt!“

Dem vielfach gehörten Einwand, dass nur mehr Personal bei der Polizei auch mehr Sicherheit bringe, widerspricht Kollegin Schumann nicht: „Videotechnik ist kein Ersatz für das notwendige Personal und es gibt keinen ernst zu nehmenden Menschen, der das je behauptet hätte. Richtig ist die Kombination aus intelligenter Technik und Einsatzkräften, die gezielt und möglichst schnell an den Einsatzort gelangen, um Straftaten zu verhindern, Menschenleben zu schützen und Straftäter gerichtsfest zu überführen.“

Das Volksbegehren, das die Initiative gestartet hat, braucht 170 000 Unterschriften, um erfolgreich zu sein. Ein Volksentscheid braucht eine Mehrheit der Wählenden, die mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Berlinerinnen und Berliner ausmachen müssen. Das erhöht den Druck, denn es gibt nur geringe Zweifel daran, dass die erforderlichen Mehrheiten zusammenkommen. Dann würde die Berliner Regierung gegen ihren eigenen Willen zur Umsetzung gezwungen – weil die Bevölkerung es so will.

Doch bis dahin ist es noch ein langer Weg und möglicherweise will Innensenator Andreas Geisel (SPD) diesen Entwicklungen zuvorkommen, etwa indem er die Hauptstadtpolizei rasch mit „Bodycams“ und moderner Videotechnik bei Demonstrationen ausstattet. ■

> <https://www.sicherheit-in.berlin>

Schon in der vergangenen Legislaturperiode, in der SPD und CDU gemeinsam regierten, war nach spektakulären Verbrechen an Berlins Alexanderplatz geplant, dort moderne Videotechnik in einem Modellversuch einzusetzen. Aber der vom damaligen Innensenator Frank Henkel (CDU) initiierte

Plan scheiterte zuletzt am Widerstand der SPD, die gedanklich schon auf dem Weg ins rot-rot-grüne Bündnis war, das sich dann auch nach der letzten Wahl bildete.

Sabine Schumann: „Umfragen belegen, dass 82 Prozent der Bevölkerung dafür sind, mo-